



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Schleswig-Holstein braucht eine wirksame Strategie gegen Mobbing an Schulen“
(Drucksache 20/4706)

Mobbing an Schulen wird wirksam begegnet – Prävention und Intervention weiterhin vor Ort stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Mobbing und Cybermobbing das Wohlbefinden, die Lernentwicklung und das soziale Klima an Schulen erheblich beeinträchtigen können.

Der Landtag begrüßt, dass Schleswig-Holstein bereits über eine Vielzahl von Angeboten und Strukturen zur Prävention und Intervention verfügt. Dazu gehören insbesondere:

- die Verpflichtung aller Schulen, ein Präventions- und Interventionskonzept auf Basis eines Leitfadens vorzuhalten,
- der im Jahr 2025 aktualisierte Notfallwegweiser für Schulen,
- Fortbildungsangebote und Anti-Mobbing-Beraterinnen und -Berater für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter,
- die verpflichtende Verankerung von Präventionsinhalten im Lehrkräftestudium,
- das Beratungstelefon für Mobbing,

- die in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebauten Strukturen des schulpsychologischen Dienstes sowie
- die Fortschreibung der Mittel für die Schulsozialarbeit.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung:

- die Präventionsinhalte in der Lehrkräfteausbildung und der Fort- und Weiterbildung kontinuierlich weiterzuentwickeln,
- die Zeiten für Beratungstelefone zu evaluieren,
- die Zusammenarbeit von Schulen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten beständig auszubauen,
- sich beim Bund für eine Fortsetzung des Bundesprogramms „Respekt Coaches / Anti-Mobbing-Profis“ einzusetzen,
- externe, geeignete Angebote, etwa der Aktion Kinder- und Jugendschutz (AKJS), wie z. B. den Anti-Mobbing-Tag stärker zu bewerben und
- zu prüfen, inwiefern das finnische „KiVa Anti-Mobbing-Programm“ bestehende Landesprogramme ergänzen kann.

Der Landtag begrüßt insbesondere den Ansatz, die Interventionskompetenz nachhaltig in den Schulen zu verankern. Neue Einsatzteams sind dafür nicht erforderlich. Das Personal an Schule wird befähigt, Mobbing zu vermeiden und Betroffene adäquat zu unterstützen. Die Qualifizierung schulischer Fachkräfte in Gesprächsführung und Mobbingintervention stärkt die Eigenverantwortung der Schulen, nutzt vorhandene Ressourcen zielgerichtet und schafft die Voraussetzungen dafür, dass Mobbingprävention und -intervention dauerhaft wirksam werden können.

Begründung:

Mobbing und Cybermobbing können erhebliche Folgen für das Wohlbefinden, die Lernentwicklung und das soziale Miteinander an Schulen haben. Deshalb ist es wichtig, dass die Lehrkräfte und das weitere schulische Personal entsprechend qualifiziert sind, um Mobbing frühzeitig zu erkennen, wirksam zu intervenieren und betroffene Schülerinnen und Schüler zu unterstützen.

Die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigen, dass über 30 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler von Mobbing an ihrer Schule berichten. Es ist daher wichtig, dass Schulen verlässliche Strukturen aufbauen und über

Handlungssicherheit der Lehrkräfte im Umgang mit Mobbing etablieren. Nur so kann wirksam interveniert und betroffene Schülerinnen und Schüler können nachhaltig unterstützt werden.

Die Zahl der dokumentierten Mobbing-Vorfälle an Schleswig-Holsteins Schulen geht weiter zurück. Das zeigt die Auswertung des Gewaltmonitorings, kurz GEMON, für die letzten Schuljahre. Bei der Gewaltart „Mobbing“ wurden 2024/25 26 Fälle (3,3 Prozent) erfasst, 2023/24 waren es noch 79 Fälle (7 Prozent).

Anette Röttger
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion